



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Sicherheits- und Friedenspolitik an Schulen

Vorbemerkung des Fragestellers:

Fundiertes Wissen über Sicherheits- und Friedenspolitik hat nach dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine an Relevanz weiter zugenommen. Die Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragen sollte daher auch fester Bestandteil im Politik-Unterricht an den Schulen sein.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Vermittlung von Wissen über Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an Schulen ist der Landesregierung nicht erst seit Beginn des völkerrechtswidrigen vollumfänglichen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine ein besonderes Anliegen. Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa basieren auf einer internationalen Werteordnung und unseren Bündnissen. Ein breites Wissen zu sicherheitspolitischen Fragen ist daher nicht nur wünschenswert, sondern für unsere Demokratie der informierten Demokratinnen und Demokraten unerlässlich. Schon im Sommer 2021 hat das damalige Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine Kooperationsvereinbarung mit dem Landeskommmando Schleswig-Holstein der

Bundeswehr geschlossen, um die gute Zusammenarbeit zwischen den Jugendoffizieren und den Schulen im Land weiter zu stärken. Dadurch ist auch ein regelmäßiger Austausch zwischen Ministerium und Jugendoffizieren entstanden, der für beide Seiten als großer Mehrwert verstanden wird. Ministerin Prien hat veranlasst, dass diese Zusammenarbeit gestärkt und ausgebaut wird. (Siehe Antwort auf Frage 4)

1. Wie werden die Themen Sicherheits- und Friedenspolitik im Rahmen der Unterrichtsgestaltung an welchen Schularten in welchen Klassenstufen behandelt und thematisiert? Bitte erläutern.

Antwort:

Bereits in der Grundschule wird durch die Vermittlung und die Durchführung von Aktivitäten und Inhalten zu Demokratiebildung und Partizipation der Grundstein für den Umgang mit Sicherheits- und Friedenspolitik gelegt. Friedens- und sicherheitspolitische Themen sind in den einschlägigen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern der weiterführenden Schulen wie Geschichte, Geographie und als Ankerfach Wirtschaft/Politik seit jeher ein fester Bestandteil des Unterrichts. Dies zieht sich durch alle Jahrgänge. So wird z.B. in den Fachanforderungen Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I im ersten Themenbereich „Politik betrifft uns“ als vertiefender Inhalt „Gefährdungen des Rechtsstaates durch politisch und religiös motivierten Extremismus“ genannt (vgl. Fachanforderungen Wirtschaft/Politik, S. 21). Dies wird im Einführungsjahrgang als grundlegender Inhalt wieder aufgegriffen. Weitere Anknüpfungspunkte gibt es in der Qualifikationsphase; beispielsweise lautet das Thema im ersten Halbjahr des zweiten Jahres der Qualifikationsphase (Q 2.1) „Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“.

2. Sollten die Themen Sicherheits- und Friedenspolitik aus Sicht der Landesregierung auch im Rahmen von Schulausflügen und Projektwochen an Schleswig-Holsteins Schulen behandelt werden? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

In Bezug auf Schulausflüge und Projektwochen gibt es bereits verschiedene Möglichkeiten, die für die Schulen freiwillig nutzbar sind. An Grundschulen geht es in erster

Linie um das Erfahren demokratischer Prozesse, um die Schülerinnen und Schüler bereits in jungen Jahren mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen bekannt zu machen und sich diesen Themen altersgemäß zu nähern. An den weiterführenden Schulen werden die Inhalte und Möglichkeiten der Demokratiebildung im schulischen Alltag weitergeführt. Regelmäßige Angebote wie Besuche der Jugendoffiziere der Bundeswehr sind ebenfalls Teil der sicherheitspolitischen Bildung. Hinzu kommen verschiedene Projekte zum Thema „Frieden und Sicherheit“, wie beispielsweise das Planspiel POLIS oder Model United Nation Schleswig-Holstein.

3. Wie oft waren Jugendberufsoffiziere der Berufswehr im vergangenen Schuljahr an welchen Schulen Schleswig-Holsteins zu Gast? Bitte auflisten.

Antwort:

Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr beruht auf einer langjährigen, vertrauensvollen und guten Zusammenarbeit, die im August 2021 durch die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landeskommmando Schleswig-Holstein und dem MBWFK gestärkt wurde (https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/S/schulrecht/Downloads/Rechtsquellen/Bundeswehr_Kooperationsvereinbarung.pdf?__blob=publicationFile&v=1). Schulbesuche werden zwischen Schulen und Jugendoffizieren der Bundeswehr eigenverantwortlich geplant und durchgeführt. Eine Statistik wird hierzu durch das MBWFK nicht geführt. Durch unsere regelmäßigen Gespräche mit der Bundeswehr wissen wir aber, dass im vergangenen Jahr durch die Jugendoffiziere in Schleswig-Holstein gut 3000 Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 9 an Schulen im Land erreicht wurden.

4. Stimmt die Landesregierung der Aussage zu, dass Jugendberufsoffiziere zukünftig verstärkt an Schleswig-Holsteins Schulen präsent sein sollten, um dort als Akteure der Sicherheitspolitik sichtbar zu sein und Debatten-Impulse zu liefern? Falls ja, warum und was tut sie konkret dafür? Falls nicht, warum nicht? Bitte erläutern.

Antwort:

Die Zusammenarbeit zwischen den Jugendoffizieren und den Schulen wird auf Basis

der Kooperationsvereinbarung (siehe Antwort zu Frage 3) weitergeführt und soll stetig ausgebaut werden. Neben regelmäßigem Austausch mit der zuständigen Kollegin in unserem Ministerium ist geplant, Jugendoffizieren Fortbildungsmöglichkeiten am IQSH zur noch besseren Information der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein anzubieten.

5. Was tut die Landesregierung konkret dafür, dass aus dem Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik auch weitere Expertinnen und Experten an die Schulen eingeladen werden, um mit den Schülerinnen und Schülern über diese Themen zu diskutieren? Bitte erläutern.

Antwort:

Die Schulen erhalten regelmäßig Angebote aus vielfältigen Themenbereichen und durch unterschiedliche Institutionen, darunter auch aus dem Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik.

6. Was plant die Landesregierung darüber hinaus konkret, um die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit Sicherheits- und Friedenspolitik auszuweiten? Bitte erläutern.

Antwort:

Die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit Sicherheits- und Friedenspolitik ist durch die unterschiedlichen Angebote, insbesondere auch der Jugendberufsoffiziere, ausreichend gegeben. Zusätzlich beinhalten insbesondere die Fachanforderungen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer verschiedenste thematische Anknüpfungspunkte zu sicherheits- und friedenspolitischen Aspekten, sodass eine weitere Planung seitens der Landesregierung in diesem Bereich zu diesem Zeitpunkt nicht angezeigt ist.